

Zweites Deutsches Fernsehen ZDF

Redaktion "Maybrit Illner"

Armutsrisiko Familie – heute Eltern, morgen arm?

"maybrit illner" am 21. November 2019

21. November 2019

Sehr geehrte Damen und Herren der Redaktion,
sehr geehrte Frau Illner,

zuerst ein Kompliment dafür, dass sich das ZDF-Format "maybrit illner" dem wichtigen Thema "Armutsrisiko Familie" widmet – und dazu Bundesministerin Franziska Giffey zu Wort kommen lässt.

Dazu übersende ich Ihnen folgende Bemerkungen und Kritik:

1) "Familie" wird verkürzt präsentiert:

"Familie" besteht aus den Beziehungen der Kinder zu Ihren Eltern und aus den Beziehungen der Eltern zu ihren Kindern.

Das gilt unabhängig davon, ob die Eltern zusammen oder getrennt leben. Familie ist *systemisch* zu verstehen: Vaterschaft und Mutterschaft gelten ein Leben lang, unabhängig vom Ehestand.

Vor diesem Hintergrund ist der Satz in Ihrem Trailer *"Was hilft Familien und Alleinerziehenden...?"* irreführend. Es ist falsch, zwischen "intakten" Familien und "Alleinerziehenden" zu unterscheiden.

Dadurch diskriminieren Sie getrennt erziehende Väter.

Zutreffend wäre eine Kategorisierung wie "zusammen lebende Familien" und "getrennt lebende Familien" oder "getrennt erziehende Mütter und Väter."

2) Das Thema "Armutsrisiko":

Richtigerweise thematisieren Sie die wirtschaftlichen Belastungen von Familien:

"Kinder sind immer noch das größte Armutsrisiko in Deutschland. Ein Verdiener reicht in vielen Fällen kaum aus, um die Familie vor Armut zu bewahren."

Dieser Satz bezieht sich sicherlich auf "intakte" Familien.

Der politische Diskurs weitet den Blick auch auf die Lebensverhältnisse von "Nachtrennungsfamilien" – die Hälfte der Familien in Deutschland. Dabei wird der Fokus jedoch nahezu ausschließlich auf "getrennt erziehende Mütter" verkürzt.

Es ist richtig, zu analysieren, wie es "getrennt erziehenden Müttern" geht. Das ist jedoch nicht ausreichend:

Der Fokus muss genauso auf der wirtschaftlichen Situation "getrennt erziehender Väter" liegen – unabhängig davon, ob der getrennt erziehende Vater 30 %, 40 % oder 50 % der Betreuungsleistung erbringt. -> Es sind die getrennt erziehenden Väter, die in der Regel dazu verpflichtet sind, zu 100 % den Barunterhalt für die Kinder zu leisten, unabhängig davon, wie viel sie ihre Kinder betreuen. Der Staat sieht für sie jedoch lediglich die Steuerklasse I vor, wie für Alleinstehende.

Steuerliche Erleichterungen – wie in anderen westlichen Ländern üblich – werden getrennt erziehenden Vätern in Deutschland verwehrt. Das ist diskriminierend.

3) Bundesministerin Franziska Giffey:

Bundesfrauenministerin (Selbstbezeichnung) Franziska Giffey diffamierte und beleidigte noch vor Jahresfrist pauschal getrennt erziehende Väter als "Unterhaltspreller" und drohte ihnen mit Führerscheinentzug *"Wer nicht zahlt, läuft"*. Väterverbände protestierten und wiesen auf die prekäre Finanzlage vieler Väter sowie die Rechtslage hin:

-> Wer wirtschaftlich nicht in der Lage ist, Kindesunterhalt zu leisten, ist gesetzlich dazu nicht verpflichtet.

Ministerin Giffey sah sich gezwungen, aufgrund der Kritik zu reagieren und veröffentlichte vor wenigen Monaten eine Auswertung zum Kindesunterhalt. Ergebnis: Bei mindestens 61 % der in der Statistik für Unterhaltsvorschuss erfassten Elternteile ist kein Rückgriff möglich (siehe Diagramm).

Abhilfe:

Väterverbände fordern seit Jahren *qualifizierte Väterforschung* – auch im Hinblick auf ihre steuerliche und wirtschaftliche Situation. Das SPD- und Frauen-geführte "Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend" ("Ministerium für alles außer Männer") verweigert jedoch seit Jahren entsprechende Studien. [Für getrennt erziehende Mütter existieren Dutzende von Studien.]

Das ist Diskriminierung.

3) Die Einladungspraxis der Redaktion:

Die Einladungspolitik seitens der Redaktion ist tendenziös.

- 5 Frauen – 1 Mann
- Väterverbände fehlen
- Mütterlastige Verbände sind überrepräsentiert durch Jutta Almendinger (WZB) und Fee Linke (VAMV)

Zum "Verband alleinerziehender Mütter und Väter" (VAMV):

Dieser Verband diskriminiert durch seine Politik Trennungsfamilien. Er fokussiert ausschließlich auf den Elternteil, bei dem das Trennungskind gemeldet ist. Der zweite getrennt erziehende Elternteil wird marginalisiert und unsichtbar gemacht.

Bei genauem Hinsehen steht der Verband vor allem für Klientelpolitik für getrennt lebende Mütter.

Vor diesem Hintergrund ist die Tatsache skandalös, dass dieser Verband den Status von Gemeinnützigkeit genießt. Trotz seines exkludierenden und polarisierenden Auftretens.

Darüber hinaus wird alleine die Bundesgeschäftsstelle des VAMV in Berlin jährlich vom BMFSFJ mit 423.000 € alimentiert. ->Väterverbände erhalten vom Bundesministerium:0 €.

Franziska Giffey verweigert die paritätische Förderung. Diskriminierend.

Fazit:

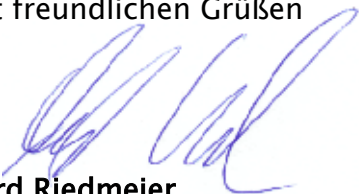
- Bundesministerin Franziska Giffey ist die Größe zu wünschen, sich in aller Öffentlichkeit bei den getrennt erziehenden Vätern für ihre Diffamierungen der letzten Jahre zu entschuldigen und eine Einladung an Väterverbände zum konstruktiven Austausch im Bundesministerium auszusprechen.
- Im ganzen Land gibt es große Bedenken gegenüber der Art und Weise, wie exkludierend die Redaktionen in Berlin mit Vätern und ihren Anliegen umgehen. Es stehen ausschließlich Frauen / Mütter im Fokus.

3

Es ist wünschenswert, dieses eingefahrene Schema zu verlassen.

Dazu wünsche ich Ihnen die Courage auch für die Sendung, bedanke mich für Ihr Verständnis und verbleibe

mit freundlichen Grüßen



Gerd Riedmeier

1.Vorsitzender

FSI – Forum Soziale Inklusion e.V.

Sprecher der

Interessengemeinschaft Jungen, Männer und Väter (IG-JMV)

Herrengasse 11

83512 Wasserburg am Inn

tel.: 08071 – 510 99 22

mobil: 0176 – 611 123 57

email: gerd.riedmeier@fsi-gleichbehandlung.de

web: www.fsi-gleichbehandlung.de

web: www.ig-jungen-maenner-vaeter.de

Anlagen:

- Grafik Unterhaltsvorschuss
- pdf Auswertung Unterhaltsvorschuss BMFSFJ
- Grafik Väter und Kindesunterhalt
- Grafik Frauenverbände und „Omnibusprinzip“